

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 2

Zur Methodik der Wirtschaftsplanung

von

Dr. Rolf Grünwald

Wien 1947

**Im Selbstverlage des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung
Wien, I., Wipplingerstraße 34**

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

KURATORIUM:

EDUARD HEINL

VORSITZENDER

KARL MANTLER

STELLV. VORSITZENDER

HANS MAYER

STELLV. VORSITZENDER

FRANZ BARISCH, RUDOLF BEHAL, JOSEF BERGMANN, FERDINAND DEGENFELD, SCHONBURG, JOSEF DOBRETSBERGER, FRANZ DÜRFEL, FRITZ ERSCHEN, L. C. FRIEDLÄNDER, OTTO FRIEDLÄNDER, LOTHAR FRÖHLICH, HANNES GESSELE, FRANZ GRÜNSEIS, KARL HABICH, JOSEF HAMMERL, ASSÈNE HARTENAU, KARL HONAY, FRITZ HUMMEL, UDO ILLIG, JOSEF JOHAM, RICHARD KATZIANTSCHITSCH, VICTOR KIENBÖCK, MARTIN KINK, WILHELM KLAUBER, FRIEDRICH KLEEMANN, KARL KÖLLIKER, ANDREAS KORP, REINHARD KÜVARY, PETER KRAULAND, KARL KRISCH, FRANZ LANDERTSHAMMER, HANS LAUDA, RUDOLF LEOPOLD, EUGEN MARGARETHA, ING. MATSCHNIG, FRITZ MATZNER, EWALD MAYER, RUDOLF MAYER, MAX MITIC, RUDOLF PHILIPP, R. PLATZER, ANTON PROKSCH, JULIUS RAAB, ROBERT RAPATZ, ALEXANDER REICHMANN, RUDOLF REISETBAUER, HANS RIZZI, FRANZ ROTTENBERG, PAUL STADELMANN, ANTON STEDEN, STANISLAUS STEGU, F. L. STOCKERT, Z. K. STRASSER, EDUARD STRAUSS, LUDWIG STROBL, WILHELM TAUCHER, OBERST TEUBER, ALEXANDER TOLDT, ANDREAS VUKOVICH, GUSTAV WÄRMER, ANTON WIDMANN, HEINRICH WILDNER, WILHELM WINKLER, STEFAN WIRLANDNER, JOHANN ZAGORSKI, HERMANN ZEISL.

LEITER DES INSTITUTES:

FRANZ NEMŠČAK

ERNST JOHN

IN DER WISSENSCHAFTLICHEN REDAKTION:

HANS SEIDEL

Zur Methodik der Wirtschaftsplanung

von

Dr. Rolf Grünwald

Der Beitrag knüpft an die morphologische Wirtschaftsbetrachtung *Vershofens* und seiner Schüler an, die die Wirtschaft wie die übrigen Vertreter der sogenannten „verstehenden“ Methode (Spann, v. Gottl-Ottlilienfeld u. a.) nur als ein besonderes Teilgebiet des Lebens der menschlichen Gesellungen zu begreifen suchen, sich aber von der verstehenden Methode durch die Einführung der Idee der Entfaltung und der polaren Spannung unterscheiden. Im folgenden soll versucht werden, auch die Notwendigkeit einer modernen, auf Tatsachenerkenntnis aufbauenden *Ordnung* der wirtschaftlichen Handlungen im Sinne bewußter Wirtschaftsplanung als eine zwangsläufige Erscheinung im Verlaufe dieses Entfaltungsprozesses nachzuweisen. An Hand der Darstellung der wesentlichen Mittel und Möglichkeiten zur Steuerung eines bestimmten Wirtschaftszweiges oder der ganzen Wirtschaft wird darüber hinaus gezeigt, daß dem „Planen“ auf volkswirtschaftlichem Gebiet an sich weder methodisch noch in Bezug auf sein Ausmaß unbedingt der Charakter eines bestimmten Wirtschaftssystems anzuhaften braucht, das etwa rein unter einem politischen Aspekt alles von oben her zu regeln beabsichtigt.

Immer wieder taucht die Frage auf, welche Mittel und Wege geeignet sind, die Wirtschaft nach einem übergeordneten Prinzip zu regeln, ohne einen lückenlosen und schwerfälligen Planungsapparat aufziehen zu müssen, der alle Details bis ins Letzte zu ordnen trachtet. Auch heute beschäftigt der Gedanke an eine auf weite Sicht vorschauende *Planung* und *Kontrolle* des ökonomischen Systems die führenden Köpfe in aller Welt; wie überhaupt die Erörterungen darüber stets um so lebhafter werden, je schwieriger und problematischer die Wirtschaftslage ist.

Dieser Gedanke der Schaffung einer auf Tatsachenerkenntnis beruhende *Wirtschaftsordnung* ist durch nichts weniger begründet als durch die fortschreitende wirtschaftliche Entfaltung selbst. Denn in einer Wirtschaft, in der jeder einzelne infolge der technischen Komplizierung des Produktionsprozesses und der dadurch geförderten Spaltung von ursprünglich organisch miteinander verbundenen Funktionen wirtschaftlich unlöslich von dem Verhalten aller anderen *abhängig* geworden ist,

kann man sich nicht einfach darauf verlassen, daß die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft irgendwann das Ihre tun. Die Lösung moderner wirtschaftlicher Aufgaben bedarf vielmehr der *planmäßigen* Zusammenarbeit aller, insbesondere wenn die Räder der Wirtschaft aus irgend einem Grunde nicht richtig ineinandergreifen.

Diese unsere Abhängigkeit voneinander, von der wir uns heute nicht ohne Schaden mehr freizumachen vermögen, hat unser aller Schicksal auf Gedeih und Verderben verbunden, die Nutzungsmöglichkeiten der natürlichen Gegebenheiten weitgehend von der Einseitigkeit ihrer lokalen Bindungen gelöst und damit die wirtschaftlichen Leistungen in stärkerem Maße als zuvor auf die Ebene der *Allgemeinheit* erhoben. Mit der bewußten Voranstellung des wirtschaftlichen Interesses der Allgemeinheit vor das des einzelnen ist aber *die* Wirtschaftsform gegeben, die wir als *Gemeinwirtschaft* bezeichnen.

Gemeinwirtschaft ist also *jene* Form der Wirtschaft, in der einer auf den andern angewiesen ist, weil seine Leistungen (Produktion) bereits so weit spezialisiert sind, daß er seine Bedürfnisse (Konsumtion) aus ihnen nicht mehr direkt — und sei es auch noch so notdürftig — befriedigen kann. Selbst der Bauer ist heute darauf angewiesen, seine Leistungsspezialitäten gegen industrielle Erzeugnisse auszutauschen, weil er ohne *Umsatz* die Art und Güte seiner Lebensführung nicht aufrechterhalten vermag. Auch *er* steht unter steigendem *Marktzwang*.

Das wirtschaftliche Problem unserer Zeit beruht daher in der Notwendigkeit, durch eine weitgehende Anpassung der Produktion an die Konsumtion trotz fehlender unmittelbarer Anschauung des Verhältnisses von Bedarf und Deckung ein Höchstmaß an wirtschaftlicher und technischer Ausnutzung der natürlichen Gegebenheiten für die Versorgung *aller* zu erreichen. Diese Aufgabe läßt sich aber nur bei einer auf den Erkenntnissen und Erfahrungen des gesunden Menschenverstandes beruhenden *zweckvollen* Ordnung aller wirtschaftlichen Handlungen erfüllen. Sie wird deshalb darauf bedacht sein müssen, unter weitgehendem Ausschluß von Marktzufälligkeiten, wie sie etwa für die ungebundene Wirtschaft charakteristisch gewesen sind, durch ständige Beobachtung, Erhebung und Planung den wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen jeweils und immer wieder von neuem gerecht zu werden.

Zweck und Ziel solcher unter dem Sammelbegriff der *Wirtschaftsplanung* zusammengefaßten gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen dürften deshalb insbesondere in einer Zeit wie der gegenwärtigen, in welcher der Wiederaufbau des während des Krieges und in den ersten Nachkriegsmonaten stark angeschlagenen Produktionsapparates mit einem *Minimum* an Arbeits- und Rohstoffaufwand so rationell als nur möglich bewerkstelligt werden muß, kaum mehr von irgend jemand ernstlich in Frage gestellt werden. Strittig ist nur die Frage, auf welche Gebiete und in welchem Ausmaß wir die Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens durch eine *planmäßige* staatliche Wirtschaftspolitik erstreckt sehen wollen, ob etwa auf gewissen Gebieten die völlig unbeschränkte

wirtschaftliche Betätigung erhalten bleiben soll und inwieweit wir es im einzelnen dabei mit Dauer- oder nur vorübergehenden Maßnahmen zu tun haben werden. Gibt es doch eine ganze Reihe von Beeinflussungsmöglichkeiten, die in den verschiedensten Variationen, angefangen bei der Finanz- und Kreditpolitik (z. B. durch Ein- und Ausführprämien), über die Einflußnahme auf nur einzelne Wirtschaftssectoren (z. B. Verbrauchslenkung) bis hin zur total betriebenen Planung sämtlicher wirtschaftlicher Handlungen (z. B. in der Befehlswirtschaft), fast alle bereits einmal als Instrument der staatlichen Wirtschaftspolitik mit mehr oder weniger Erfolg irgendwo Anwendung gefunden haben.

Hierzu ist nun grundsätzlich zu sagen, daß wir es in der Wirtschaft nicht mit einer *Abstraktion* oder etwas selbst Handelndem oder Veranlassendem zu tun haben, sondern vielmehr mit einem von handelnden Menschen erfüllten Stück *konkreter* Wirklichkeit. Wo der Mensch aber handelt, da spielen Sentiments und Ressentiments, außerwirtschaftliche Überlegungen und Instinkte eine entscheidende Rolle. Deshalb würde sich jede nur auf mathematisch ableitbaren Größen beruhende Gedankenkonstruktion kaum wesentlich von der Wirklichkeitsfremdheit eines *Homo oeconomicus* unterscheiden. Soll die Wirtschaftsplanung *lebensnah* sein, so muß sie daher in ihrem Konzept stets *elastisch* genug gehalten sein, um ohne Schwierigkeiten immer wieder die Maßnahmen den Veränderungen der tatsächlichen Verhältnisse anpassen zu können. So abhängig die Wirtschaftsplanung auch immer von bestimmten Größen und Verhältnissen ist, *eines* jedenfalls ist gewiß, daß sie mehr sein muß als nur das Ergebnis von Berechnungen eines isolierten Verfahrens, weil es sich ja bei ihr — wie gesagt — um den Menschen in seiner ganzen Wirklichkeit handelt und nicht um eine nur rational handelnde *fiktive* Erscheinung. Es wird deshalb letzten Endes darauf ankommen müssen, daß sich die oberste Wirtschaftsbehörde in ihrer Planung nur mit der Aufstellung des Gesamtrahmens begnügt, daß aber die Art und Weise der Aufgabenerfüllung selbst so weitgehend als nur möglich den zwischen staatlichem und privatwirtschaftlichem Willen gestellten einzelnen *Fachorganisationen* überlassen bleiben muß, die auf der einen Seite das höhere gemeinwirtschaftliche Interesse gegenüber den einzelnen Betrieben und Mitgliedern durchzusetzen, auf der anderen Seite aber auch den für die wirtschaftliche Weiterentwicklung unentbehrlichen Faktor des persönlichen Unternehmungsgeistes zu vertreten haben. Wirtschaftsplanung ist um so wirkungsvoller, je weniger einschneidend ihre Maßnahmen auf die persönliche Freiheit der breiten Masse sind.

Damit ist aber der Weg jeder Wirtschaftsplanung von vornherein festgelegt: wird unter Wirtschaften in jeder auch immer erfahrbaren Form — was wohl auch kaum in Frage gestellt sein dürfte — die Bereitung von Mitteln verstanden, die alle letzten Endes der Bedürfnisbefriedigung, also dem *Verbrauch*, dienen, so hat *jede* Wirtschaftsplanung, will sie nicht wirklichkeitsfremd sein, bei der Fixierung ihrer Aufgaben vom *Bedarf* auszugehen.

Strukturuntersuchungen als Voraussetzung

So grundlegend jedoch die Abschätzung des Bedarfes für jede über den Rahmen von bloßen Teilplanungen hinausgehende Aufstellung eines konstruktiven Aufbauplanes der praktischen Wirtschaftspolitik auch ist, für die *Vorbereitung* der Planung hat ihr zweierlei noch voranzugehen: einmal eine auf Grund einer im einzelnen zu entwickelnden Erhebungsmethodik durchzuführende *Untersuchung* der bestehenden Zustände und Verhältnisse des Wirtschaftsraumes nach entsprechenden *regionalen* Verwaltungseinheiten (Bestandsaufnahme), um zuerst lokaler die Ursachen entscheidender Mängel und Fehler der Wirtschaftsstruktur zu ermitteln. Zum andern ein daraus zu gewinnender Einblick in die oft sehr unterschiedlichen Wirtschaftsverhältnisse der einzelnen Verwaltungseinheiten untereinander durch Berechnung sogenannter *Richtziffern* (bezogen auf den Bundesdurchschnitt), um auch gesamtwirtschaftlich die Voraussetzungen für die Schaffung einer den Notwendigkeiten des Volkes entsprechenden Ordnung unseres Lebensraumes zu gewinnen. Mit zu den Grundlagen jeder Wirtschaftsplanung gehört somit die Auswertung von allen möglichen wirtschaftsstatistischen, topographischen und soziographischen Ergebnissen. Dabei wären unter anderem etwa folgende vergleichende Feststellungen zu treffen:

- a) Unterschiede in Bezug auf die Besiedlung und Nutzung der einzelnen Verwaltungseinheiten unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse und dem daraus resultierenden Funktionszusammenhang zwischen Stadt und Land;
- b) Prozentueller Anteil der einzelnen Verwaltungseinheiten an der gesamten landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung, aufgegliedert nach den wichtigsten Agrarprodukten und Industrieerzeugnissen;
- c) Prozentueller Anteil der einzelnen Verwaltungseinheiten am Auslandsabsatz, aufgegliedert nach den wichtigsten Wirtschaftszweigen;
- d) Prozentueller Anteil der einzelnen Verwaltungseinheiten an der Gesamtbeschäftigtenzahl nach den wichtigsten Wirtschaftszweigen, nach Männer- und Frauenarbeit, nach typischen Saisonverhältnissen und sonstigen Beschäftigtenmerkmalen;
- e) Prozentueller Anteil der einzelnen Verwaltungseinheiten am gesamten Steueraufkommen, aufgegliedert nach Steuerarten, zur Erstellung einer sogenannten Kaufkraftkarte

Erst an Hand solcher und ähnlicher *Relationen* kann zur Erkennung der regionalen *Wirtschaftskraft* einwandfrei festgestellt werden, wie sich z. B. das Steueraufkommen und damit etwa die Kaufkraft des Landes auf den Kopf der Bevölkerung in den einzelnen Verwaltungseinheiten verteilt, in welchen Gebieten sich ausgesprochene *Notstandsbezirke*¹⁾ befinden, in Bezug sowohl auf die Einkommensbildung als auch auf die

¹⁾ Notstandsbezirke sind Gebiete, die als soziale Zuschußgebiete des Staates gelten und bei einer verhältnismäßig dünnen Bevölkerung und einer unzureichenden Erschließung durch den Verkehr eine nur unterdurchschnittliche Lebenshaltung abwerfen.

Einseitigkeit der Beschäftigtenstruktur, und welche Bedeutung schließlich diesem oder jenem Wirtschaftszweig absolut und im Verhältnis zur Gesamterzeugung zukommt. Sie zeigen aber auch umgekehrt, welche Wirtschaftszweige nicht oder wenig vertreten sind und legen Untersuchungen nach den Gründen dieser Erscheinung nahe. In jedem Falle gibt also dieser gegebenenfalls auch kartographisch unterbaute Vergleich Hinweise dafür, an welcher Stelle die Bemühungen einzusetzen haben (Regionalplanung), um ohne wesentliche Fehlleistungen die von der Natur gegebenen wirtschaftlichen Kräfte des Landes an allen Stellen am zweckmäßigsten zu organisieren und zugunsten aller auszunützen. Namentlich durch Herstellung sinnvoller *Korrelationen*, beispielsweise zur Bevölkerungszahl, zu den gewerblichen Betrieben usw., werden dabei häufig wirtschaftspolitische Mängel aufgedeckt, die anderweitig überhaupt nicht zutage treten würden. Somit schafft diese Betrachtungsweise der wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht nur die Grundlage zu einer *Bereinigung* und *Gesundung* einzelner Wirtschaftszweige, sondern sie bildet darüber hinaus auch eine Voraussetzung zu einer *strukturell* gesunden und sinnvoll geplanten Gemeinwirtschaft.

Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß solche Strukturuntersuchungen, insbesondere wenn sie für Aufgaben der praktischen Wirtschaftsplanung von Bedeutung sein sollen, über den Rahmen bisher üblicher Bestandsaufnahmen oder Monographien hinausgeführt werden müssen. Es genügt nicht, wenn die in Betracht kommenden Tatsachen nur so weit nach ihrem allgemeinen Charakter namhaft gemacht werden, daß etwa diese oder jene Industrie vertreten sei. Sie haben vielmehr die Aufgabe, auch regional die wirtschaftlichen Ursachen der Standorte, z. B. der Industrie, aufzudecken, und, soweit gerechtfertigt, Vorschläge zu unterbreiten, in welcher Weise auf einzelnen Gebieten *Verbesserungen* erzielt werden könnten. So gibt es viele Betriebe, die sich allein nur aus Gründen z. B. der Beschaffung bestimmter Rohstoffe (Holz, Kohle) oder Arbeitskräfte noch an diesem oder jenem Standort befinden, obgleich ihre Erzeugungsbedingungen heute ganz andere sind als zum Zeitpunkt ihrer Errichtung. Vielfach ist, um nur ein Beispiel zu nennen, die örtliche Gebundenheit an Kraftquellen (Wasserkraft) oder Kraftstoffgebieten (Wälder, Kohlenrevier) durch die Möglichkeit des Kraftbezuges vom Stromnetz für den einzelnen Betrieb inzwischen längst gelöst worden. Wir denken dabei an die Umgestaltung der Produktionsbedingungen durch die Verwendung der Elektrizität an Stelle von Wasserkraft oder Dampfenergie, die es ermöglicht, Dutzende von Pferdekräften ohne viel Mühe und Kosten nach Belieben zu jedem Arbeiter, jedem Handwerker, zu jedem Bauer und jeder Hausfrau zu leiten, wenn nur ein Anschluß vorhanden ist, was bei der starken Verästelung der Verteilungsnetze auch nahezu überall der Fall ist. Daraus sind aber nicht nur ganz erhebliche Vorteile kostenwirtschaftlicher Art erwachsen, die vielfach noch ungenützt geblieben sind, sondern es ergeben sich auch oft ungeahnte Möglichkeiten einer sinnvolleren, für das Gemeinwohl günstigen *Standort-*

planung der Industrie, die auch der Zusammenballungstendenz ein Ende zu setzen vermag.

Ein wirkliches Verständnis für die *Wirtschaftskraft* der einzelnen an der Erstellung des Sozialprodukts beteiligten Wirtschaftsräume erwächst daher erst aus einer weitergehenden *Durchleuchtung* der Produktivgrundlagen sowohl nach ihrem Leistungsinhalt (bis hinein in die tatsächliche produktionselle Einzelleistung) als auch nach ihren wechselseitigen Beziehungen zueinander.

Allerdings setzen derartige *Querschnittsbetrachtungen* die systematische Erfassung aller gegebenen Möglichkeiten und Fähigkeiten des Landes voraus und bedürfen daher in einem besonderen Maße *statistischer Unterlagen*. Daten und Anhaltspunkte bieten u. a. hierfür die Ergebnisse aus den Volks-, Berufs- und Betriebszählungen, die es in räumlicher wie sachlicher Hinsicht gestatten, die *Struktur* zu erkennen und darüber hinaus die wirtschaftlichen Abhängigkeiten, Zusammenhänge und Paralleltäten nach allen Seiten hin abzuleiten.

Hierzu ist jedoch zu sagen, daß für den im Dienste der Wirtschaftsplanung stehenden Sekundär-Statistiker der Mangel an *neuerem* statistischen Material und der Umstand, daß ihm das alte nicht in der Abgrenzung, Gliederung und Verarbeitungsform gegeben ist, die er für seine Zwecke braucht, bei der Erfassung und Untersuchung der wesentlichen volkswirtschaftlichen Struktur- und Bewegungselemente derzeit noch überaus hinderlich sind. Die Ergebnisse auch der meisten früher durchgeführten statistischen Erhebungen haben weder technisch noch methodisch dem Bedürfnis einer geplanten Wirtschaft entsprochen. Wer je regionale Untersuchungen auf wirtschaftlichem Gebiet durchzuführen hatte, wird oft schmerzlich empfunden haben, daß beispielsweise kaum eine der dazu erforderlichen Statistiken nach gleichen Grundsätzen zusammengestellt gewesen ist. Nach dem bisherigen Stand finden sich nicht nur in Bezug auf die Koordinationserfordernisse große Lücken, die eine auf längere Sicht der Dinge entsprechende Untersuchung und Planung auf wirtschaftlichen Gebieten erschweren, sondern es fehlt auch an einer einheitlichen Methodik, die sich um so störender bemerkbar machen muß, je weniger die Verhältnisse in bestimmten Wirtschaftssektoren bekannt sind. Die erste Voraussetzung, die von der Statistik als Helferin der Wirtschaftsplanung zu erfüllen ist, wäre deshalb die methodische und technische *Vereinheitlichung* des Erhebungswesens, bezüglich sowohl der zugrunde gelegten Stichtage und Zeitabschnitte als auch der Ausgestaltung der statistischen Erhebungsbogen und damit der Begriffsinhalte der zu erhebenden Merkmale. Dies ist aber ohne eine straffe Zentralisierung des gesamten statistischen Erhebungswesens nicht zu erreichen, so wünschenswert auf der anderen Seite auch manchesmal eine im Interesse schnellster und sachlichster Erstellung der Angaben angeregte Dezentralisierung aus Gründen der Betriebsnähe sein mag. Mit anderen Worten, es muß in diesen Dingen sowohl zwischen den wirt-

schaftlichen Organisationen untereinander als auch zwischen diesen einerseits und dem *Statistischen Amt* andererseits eine enge Zusammenarbeit vorhanden sein, welche die Einheitlichkeit der Statistik gewährleistet.

Zur Frage der Bedarfsschätzung

Ist man sich auf diese Weise einmal über den Zustand, die Wirksamkeit und gegebenenfalls über die Zweckmäßigkeit einer planvolleren Umgruppierung aller dieser mehr oder minder maßgebenden Komponenten der Wirtschaft klar geworden, durch deren jeweiliges Verhältnis zueinander die Wirtschaftslage bestimmt wird, so sind auch die Voraussetzungen für die Aufstellung eines *Gesamtplanes* gegeben, der die Abstimmung zwischen volkswirtschaftlichem Soll und Haben zum Zweck hat. Wie wir bereits oben ausgeführt haben, bildet hierbei die Erfassung des objektiven *Bedarfs* sowohl genetisch wie logisch den Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen. Denn allein er bestimmt Größe und Umfang der Kapazität jeder volkswirtschaftlichen Erzeugung, weil seine Deckung schließlich und endlich Ziel alles Wirtschaftens ist.

Hierzu ist jedoch voranzuschicken, daß in normalen Zeiten diese Ausrichtung der Produktion auf den Bedarf nicht als *totus* Gleichgewichtszustand verstanden werden darf, der jeden kulturellen Fortschritt etwa als eine Störung der im Wirtschaftsplan errechneten Relation zwischen Produktion und Verbrauch ablehnt. Wir wünschen im Gegenteil — wie bereits erwähnt — jenen *lebendigen* Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch, der unter stetem Bemühen um die Hebung der Produktion *elastisch* genug sein müßte, um immer wieder die Maßnahmen den Veränderungen der tatsächlichen Verhältnisse auf der Konsumseite anpassen zu können. Es wird daher darauf ankommen müssen, bei der Festsetzung der erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Ungenauigkeiten der Bedarfsschätzungen, die Veränderungen der Produktionsbedingungen und insbesondere die in der Verbrauchermentalität begründeten Wünsche nach geschmacklichen Variationen in der Formgebung und Qualität der Erzeugnisse immer wieder durch entsprechende *Korrekturen* zu kompensieren. Wir erinnern an die zahlreichen technischen Verbesserungen in der Produktion oder an die in der neueren Zeit immer häufiger auftretenden Wandlungen der Konsumentengewohnheiten, bei denen wir zwischen den strukturellen Veränderungen (Stil) und den sich rasch ablösenden Geschmackswandlungen (Mode) unterscheiden müssen. Ihre völlige Vernachlässigung auf Grund einer von oben befohlenen *Verbrauchsreglementierung* würde auf die Dauer zweifellos die Verkümmernng jener Seite des Gefühls zur Folge haben, aus der auch die schöpferischen Kräfte des Menschen erwachsen. Denn der Mensch verbraucht nicht nur, um sich physisch zu erhalten, sondern er verbraucht auch, um seine seelischen und geistigen Bedürfnisse zu befriedigen. Bedürfnisse dieser Art sind insbesondere der soziale Geltungstrieb und der

Wunsch nach Abwechslung, die — wie *Vershofen* nachgewiesen hat²⁾ — in einer rein materiell orientierten Zeit wie der heutigen mehr und mehr im Wege der *Verbrauchs*differenzierung befriedigt werden.

Auf der anderen Seite allerdings läßt sich diese *Willkür* des Verbrauchers nicht ohne weiteres mit der von der industriellen Fertigung gestellten Forderung der unerläßlichen *Vereinheitlichung* der Erzeugnisse im Interesse der Massenherstellung vereinbaren. Auch sprechen in einer auf strengste Bewirtschaftung der Rohstoffe abgestellten Mangelwirtschaft wesentliche Gründe gegen eine allzu große Freizügigkeit bei der Konsumwahl. Denn die Folgen der Diskrepanz zwischen dem irrationalen Verbrauch und der rationalen Erzeugung wären infolge der Schaffung allzu vieler Varietäten — wie ungezählte Beispiele der Vorkriegswirtschaft gezeigt haben — die Anfälligkeit zur Entstehung einer für die Wirtschaft kaum tragbaren Menge sogenannter „Ladenhüter“, die z. B. wegen des raschen Wandels der Mode vom Verbraucher nicht mehr gekauft und somit entwertet werden. Alle diese Aufwendungen, die in der freien Wirtschaft vielfach nur zu dem Zweck gemacht werden, um den Absatz des einzelnen Unternehmens gegen die Konkurrenz zu verteidigen, sind weitgehend *unproduktiv*. So gewiß wir daher auch immer das aus der Not der Zeit geborene Vorschreibungssystem bei der Warenabgabe an den Verbraucher zugunsten der freien Konsumwahl allmählich auf ein Mindestmaß an lenkenden Eingriffen reduziert und später völlig beseitigt zu sehen wünschen, zur Vermeidung volkswirtschaftlicher Fehlleistungen bedarf es in der geplanten Wirtschaft dennoch gewisser wirtschaftspolitischer Maßnahmen, unter denen neben jenen der direkten Beeinflussung der Wirtschaft, z. B. durch marktordnende Bestimmungen, insbesondere die Maßnahmen der *indirekten* Beeinflussung durch *Verbraucherlenkung* (Aufklärung, Werbung, künstliche Modebildung usw.) eine bedeutende Rolle zu spielen berufen sind³⁾. Nur auf diese Weise wird man beiden Gesichtspunkten gerecht werden können, für jeden zunächst einmal unter optimaler Ausnutzung der Produktivkräfte unmittelbar oder im Wege über den Außenhandel das absolute *Existenzminimum* (Grundprodukt) und darüber hinaus bei steigender Lebenshaltung jene Menge an Zusatzgütern (Zusatzprodukt) zu sichern, die das Leben des einzelnen angenehmer gestaltet.

Es besteht nun kein Zweifel darüber, daß insbesondere nach einer Periode der weitgehenden Vernichtung des Volksvermögens wie derjenigen, die gerade hinter uns liegt, die *Bedürfnisse* des Volkes praktisch unbegrenzt und uferlos sind. Nur ein geringer Teil von ihnen wird sich

²⁾ Wir verweisen in diesem Zusammenhange auf die Arbeiten Wilhelm *Vershofens* und seiner Schüler sowie auf die Veröffentlichungen der *Gesellschaft für Konsumforschung*, die sich eingehend mit den Fragen der Bedarfsgestaltung befaßt haben.

³⁾ Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Tätigkeit des kürzlich begründeten „Österreichischen Werbedienstes“, welcher sich die Behandlung dieses Fragenkomplexes zur Aufgabe gemacht hat.

daher je nach dem Umfang der verfügbaren Vorräte und der laufenden Leistungen der Produktion zu *Bedarfen* verdichten können, wobei unter Bedarf nach Oldenberg nur „die Summe der von Kaufkraft unterstützten Bedürfnisse⁴⁾“ verstanden werden soll. Dabei ist natürlich zu bedenken, daß es sich hier nicht nur um den Bedarf handelt, dessen Deckung unmittelbar beim Verbraucher erfolgt, sondern daß vor allem auch jener Bedarf Berücksichtigung finden muß, der bei den Betrieben zur Aufrechterhaltung der Produktion auftritt. So unterscheiden wir, je nachdem, ob das betreffende „Befriedigungsmittel“ innerhalb der Periode, für die es gedacht ist, als *Endprodukt* konsumiert wird oder ob es als sogenanntes Produktionsmittel erst allmählich abgenützt wird und die Periode überdauert, für die es hergestellt wurde, zwischen *Konsumtiv-* und *Produktivbedarf*. Während sich daher bei der Bedarfsschätzung von Konsumgütern das Interesse der Untersuchung voll und ganz auf den letzten Verbraucher, also den Menschen selbst, konzentriert, sind für die Erfassung der notwendigen Mengen an Rohstoffen, Halbfabrikaten, Maschinen und Werkzeugen vor allem die Bedarfsmeldungen der diese Produktionsmittel gebrauchenden gewerblichen Betriebe erforderlich. Ob dabei das Maximum aller dieser Bedarfe bedeutend oder unbedeutend ist, hängt letzten Endes aber von der Höhe der Lebenshaltung des Volkes ab, deren Festsetzung in der geplanten Wirtschaft, namentlich in der Mangelwirtschaft, die Angelegenheit der obersten Wirtschaftsbehörde sein wird.

Wie läßt sich nun der Bedarf, z. B. der österreichischen Volkswirtschaft, wenigstens annäherungsweise richtig abschätzen? Dies ist einmal dadurch möglich, daß man sich jener registrierbaren wirtschaftlichen Vorgänge bedient, die mit den für Außenstehende nicht wahrnehmbaren Bedarfsvorstellungen in Zusammenhang stehen, wie z. B. des Verbrauchs, des Umsatzes oder der Nachfrage. Während sich aber dabei Umsatz und Nachfrage durchaus nicht immer mit dem Bedarf zu decken brauchen, weil hinter ihnen spekulative Dispositionen oder Vorratskäufe u. dgl. stehen können, lassen sich *Verbrauch* und Bedarf weitgehend identifizieren. Jedenfalls besteht trotz mancherlei Unterschieden ein enger Zusammenhang zwischen dem vergangenen Verbrauch und dem künftigen Bedarf. Man kann sich aber zum andern auch der Methoden der modernen *Marktforschung* bedienen, die auf dem Wege der *Analyse* die verwickelten Erscheinungen der Bedarfsstruktur zu untersuchen gewohnt ist. Diese geht davon aus, aus einer großen Anzahl ausgewählter *Bedarfsmerkmale*, wie denjenigen der Bevölkerung, der sozialen Struktur, der Kaufkraftverhältnisse usw. diejenigen Faktoren aufzufinden, die für die Ermittlung der Bedarfslage entscheidend sind. Dieses Schätzungsverfahren hat den Vorteil, daß sich das *Bedarfsvolumen* nicht nur nach seiner Gesamtheit, sondern auch unter dem Gesichtspunkt einer *regionalen* Aufgliederung bestimmen läßt. Zu erwähnen bleiben auch noch die Unterlagen über die *Haushaltsrechnungen* der Arbeiterkammern, die für die Berechnung von

⁴⁾ Oldenberg, K.: „Die Konsumtion“ Grundriß der Sozialökonomik, II Abteilung, S. 103—164. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1914

Lebenshaltungskostenindizes laufend die quantitative Seite der Bedarfserscheinungen verfolgen und zu ergründen suchen, wie sich die Einkommensverwendung in den Haushaltungen einer repräsentativen Anzahl von Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien im einzelnen gestaltet.

Was nun die Durchführung der *Bedarfsschätzungen* selbst anlangt, so erscheint hierfür je nach den Verhältnissen ohne Festlegung auf eine bestimmte Methode abwechselnd die Anwendung *aller* genannten Möglichkeiten (Verbrauchsstatistik, Bedarfsanalyse und Haushaltsrechnungen) am zweckmäßigsten. Für die Schätzungen im einzelnen kämen dabei am besten, soweit es den Bedarf an industriellen Erzeugnissen anbetrifft, die einzelnen *Fachverbände* der gewerblichen Wirtschaft und, soweit es sich um landwirtschaftliche Produkte handelt, die *Landwirtschaftskammern* als Untersuchungsorgane in Betracht. Eine Korrektur ihrer Ergebnisse jeweils durch Zahlen über den tatsächlichen Verbrauch auf Grund der Verbandsstatistik ergäben dabei ideale Unterlagen für die von der obersten Planungsinstanz erstrebten Beurteilung des objektiven Bedarfs in den einzelnen Verwaltungseinheiten. Jede der in diesem Zusammenhange durchzuführenden Teilanalysen wird hierbei festzustellen haben, welcher Art der Bedarf ist und wer als Bedarfsträger hauptsächlich in Frage kommt. Auf diese Feststellungen gestützt, kann man dann durch einfache *Multiplikation* des Verbrauchs der einzelnen Bedarfsträger mit ihrer Gesamtzahl deren *Totalbedarf* annähernd richtig abschätzen. Je nachdem, ob es sich hier um produktiven oder konsumtiven Bedarf handelt, wird dabei nach zwei Gruppen von Bedarfsträgern unterschieden:

- a) nach Produktionsmitteln bedürftigen *Betrieben* (oder Berufen),
- b) nach Konsumgütern bedürftigen *Verbrauchern*

Für die quantitative Erfassung der ersteren kommen vor allem die Ergebnisse der *Berufs- und Betriebszählung*, für jene der Verbraucher die *Bevölkerungsstatistik* in Frage. Die Berechnungen selbst bedienen sich in der üblichen Weise der Methoden der statistischen Technik, die sich im wesentlichen in die Abschnitte der Erhebung, Verarbeitung, Zusammenfassung und Bildung von Verhältniszahlen gliedern, und stützen sich dabei in beiden Fällen auf allgemeine *bedarfsbestimmende* Größen. Unter ihnen besitzen auf der einen Seite die verschiedenen Gewerbe- und Berufsgruppen, die Betriebstypen usw., und auf der anderen Seite der Familienstand, der Altersaufbau, namentlich noch in der weiteren Aufgliederung nach Geschlechtern, die soziale und ethnische Gliederung usw. eine entscheidende Bedeutung, so daß die Orientierung an die Art ihrer Zusammensetzung unerläßlich ist. Man denke an die Verschiedenheit des Bedarfs je nach Betriebsart, z. B. bei der Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie oder etwa an den Unterschied des Bekleidungsbedarfs, z. B. für die Kinder, Mädchen, Burschen, Frauen und Männer, an Schulartikel oder Heiratsgut, für dessen Ermittlung oft nur die Anzahl der einzelnen dahinterstehenden Bedarfsgruppen maßgebend ist. Als wesent-

liche Faktoren erweisen sich fernerhin die Unterlagen über die Haushalts- und Wohnstatistik sowie die Bewegungen der Eheschließungen usw., deren Ergebnisse von großer Bedeutung für die Schätzung, z. B. von Wohnungsbedarf und allen spezifisch in bestimmten Haushaltsarten auftretenden Bedarfen sind. Zu berücksichtigen ist weiter die durchschnittliche Lebensdauer, insbesondere von Möbeln und sonstigem Hausrat, auf die wir in Ermangelung genauer statistischer Feststellungen aus den in der Praxis angewendeten *Abschreibungssätzen* schließen können.

Abschließend ist noch zu sagen, daß Bedarfsuntersuchungen für Produktivgüter verhältnismäßig einfacher als jene für Konsumgüter sind, da es bei ihnen weniger auf ihren gesellschaftlichen (sozialen oder ästhetischen) als sachlich-technischen Nutzen ankommt. Im Vordergrund stehen deshalb nur Feststellungen über die Anzahl der für die einzelnen Bedarfe in Betracht kommenden Betriebe und deren individuelle Bedarfsbedeutung. Bei den Konsumgütern hingegen ist die Untersuchung aus den oben bereits mehrfach erwähnten Gründen der Verbrauchsdifferenzierung nach Möglichkeit noch durch eine *qualitative* Analyse zu ergänzen. Damit ist aber zugleich die Bedeutung der *Verbrauchsforschung* für diesen Teil der Wirtschaftsplanung aufs beste charakterisiert.

Ein besonderes Kapitel der quantitativen Bedarfschätzung ist schließlich noch die Untersuchung des *Arbeitskräftebedarfs*, die von ganz anderen Gesichtspunkten ausgeht und deren Durchführung am zweckmäßigsten den *Arbeitsämtern* vorbehalten bleibt. Die Bereitstellung der für die Erstellung des Sozialprodukts erforderlichen Arbeitskräfte, die z. B. in einer durch das Volkswachstum ausgezeichneten Wirtschaft im Überfluß vorhanden sind, ist in der neueren Zeit um so problematischer, je langsamer das Volkswachstum geworden ist. Will man deshalb in einem solchen Stadium der Bevölkerungsentwicklung die weitere Entfaltung der Wirtschaft nicht besonderen Hemmnissen aussetzen, so wird die Notwendigkeit der Deckung des Arbeitskräftebedarfs entweder die Erfassung auch der letzten verfügbaren Reserven an Arbeitskräften oder aber eine zunehmende Ersetzung von menschlicher Arbeitskraft durch Maschinenarbeit erforderlich machen, wobei aber nicht vergessen werden darf, daß auch der Möglichkeit des Ersatzes durch Maschinenarbeit gewisse Grenzen gezogen sind.

Über die Produktionsmöglichkeiten

Stellte die Schätzung über die Größe des produktiven und konsumtiven Bedarfs bei der Aufstellung des Gesamtrahmens den Ausgangspunkt unserer Planungen dar, so hat nunmehr die Untersuchung über das *Leistungsvermögen* der Wirtschaft festzustellen, mit welchen Mitteln Umfang und Qualität des errechneten Bedarfs gedeckt werden kann. Gemäß dem Grundsatz, daß sich der Ertrag der Gesamtwirtschaft letzten

Endes nach jenem der Einzelwirtschaften richtet, wird daher dieser Teil der Erhebungen in erster Linie auf eine Reihe von sich oft bis in die Einzelheiten der Betriebswirtschaften erstreckenden *Branchenuntersuchungen* abgestellt sein. Dabei ist zur Durchführung dieser Aufgabe, soweit es sich beispielsweise um die Messung der Erzeugungskraft der Landwirtschaft handelt, den *Landwirtschaftskammern* und, soweit es die Ermittlung der Förderungs- bzw. Fabrikationsmenge von Rohstoffen und gewerblichen Erzeugnissen anbetrifft, den *Fachverbänden* wieder eine maßgebliche Rolle zugebracht. Leider kann auch hier, wie auf dem Gebiet der Bedarfsermittlung, kaum auf nennenswerte Vorarbeiten zurückgegriffen werden. Entsprechen doch gerade auf diesem Gebiet die Ergebnisse der meisten statistischen Erhebungen bisher weder technisch noch methodisch den Anforderungen, die zu Planungszwecken an die Statistik gestellt werden. Um so wichtiger ist die Aufgabe, auch diesem Teilgebiet der Planung unsere volle Aufmerksamkeit zu schenken, neue Wege und Methoden zu finden und die Intensitätsmessung zu einem exakten Hilfsmittel der Wirtschaftsplanung auszubauen.

Bevor wir jedoch in den Fragenkreis der Messung der produktiven Tätigkeit selbst eintreten, bedarf es noch der Erwähnung der Mittel *jener* Bestrebungen, namentlich seitens der industriellen Praxis, welche seit Jahren *teils* im Wege der Gemeinschaftsarbeit ganzer Wirtschaftszweige, z. B. durch Schaffung von Normen, Einzeltypen usw., *teils* im Wege des zweigwirtschaftlichen Betriebsvergleichs oder auch der Beobachtung von einzelbetrieblichen Tatsachen und Zusammenhängen auf die Hebung der *Wirtschaftlichkeit* gerichtet sind. Die Art des Vorgehens bei solchen Untersuchungen wird in der Regel dabei durch die Eigenart der betreffenden Branche oder des Betriebes bestimmt und richtet sich neben der Klärung der *äußeren* Bedingungen (Beschaffungsfragen, Absatzstruktur u. dgl.) hauptsächlich auf die Erfassung der technischen *Betriebsmerkmale*, der Zerlegung des *Fertigungsverfahrens* und der Untersuchung der *Kostenstruktur*. Ziel des Ganzen ist die Überprüfung des Verhältnisses von Aufwand und Leistung sowie die Ausarbeitung von Vorschlägen, in welcher Weise Verbesserungen erreicht werden könnten. Auf Grund solcher Betriebsuntersuchungen ist es möglich, für eine Reihe von wichtigen Fragen, wie z. B. für die Aufstellung von Organisationsplänen, die der Vereinfachung des betrieblichen Ablaufs dienen, konkrete Zahlenunterlagen zu erhalten. Diese können über ihren betriebswirtschaftlichen Wert hinaus als Grundlage der volkswirtschaftlichen *Rationalisierung*, soweit sie sich als symptomatisch für einen oder mehrere Wirtschaftszweige erweisen, auch für die Wirtschaftsplanung als Ganzes von besonderer Bedeutung sein.

Bei der Intensitätsmessung als solcher geht es im wesentlichen um die Ermittlung der *Produktionskapazitäten* der Wirtschaft. Leider steht aber nicht einmal der Begriff der „Kapazität“ auch im rein statistischen Sinne fest. Haben wir hier schon, je nachdem, ob wir vom Einsatz nur der *derzeit* vorhandenen oder aber jener noch *möglichen* betrieblichen

Leistungsträger sprechen, die erst nach zusätzlichen Betriebsvorbereitungen zur Verfügung stehen, grundsätzlich zwischen der „effektiven“ und der „potentiellen“ Kapazität zu unterscheiden, so wird darüber hinaus dieser Wirkungsgrad der Produktivität gemeinhin noch an den verschiedensten Symptomen gemessen, wie Durchschnittsertrag, Jahresausstoß, Produktionsumsatz, Arbeitsmaschinen, installierte Pferdekkräfte, Beschäftigungsgrad usw. Dabei kann man natürlich je nach dem zu Grunde gelegten Maßstab zu ganz verschiedenen Ergebnissen kommen. Als am zweckmäßigsten haben sich hierbei die Praktiken der Industrie erwiesen, welche die Leistungsfähigkeit der Betriebe nach den sogenannten „Schlüsselmaschinen“ einschätzen, d. h. also nach der Anzahl der betriebsmäßig aufgestellten Fachmaschinen. Jedoch ist hierbei zu beachten, daß die Produktionsleistungen dieser Schlüsselmaschinen aus verschiedenen Gründen voneinander abweichen können. So bestehen z. B. aus technologischen Ursachen oft beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Typen von Fachmaschinen älterer und neuerer Bauart im Hinblick sowohl auf die Stückzahl und die Rohstoffmenge als auch auf das Arbeitstempo, wie überhaupt die Besonderheiten in der betriebsüblichen Arbeitsweise häufig von größtem Einfluß auf die Stückleistungen oder Gewichtsmengen sind. Berücksichtigt man weiter, daß auch die Anzahl der verfügbaren Aggregate von Betrieb zu Betrieb eine andere ist, so ergibt sich für die branchenweise *Kapazitätsbemessung* ein jeweils anderes Verhältnis, je nachdem ob man von der Maschinenzahl, dem Rohstoffbedarf oder der Fertigungsleistung ausgeht. Die Kapazitätsberechnung wird sich deshalb von vornherein genau den einzelnen technischen Produktionsvorgängen anpassen müssen.

Was nun endlich die Feststellung der Produktionsmöglichkeiten selbst, zunächst in der *Landwirtschaft*, anbetrifft, so bedarf es dort für die vorschauende Beurteilung der Versorgungsgrundlage und für die entsprechenden Planungen auf ernährungspolitischem Gebiet durchwegs eines viel weitergehenden quantitativen Einblicks in die landwirtschaftliche Betriebsstruktur und Erzeugung, als er im allgemeinen bisher durch die *Agrarstatistik* zu erlangen war. Beispielgebend hierfür, wenn auch anpassungsbedürftig an die besonderen österreichischen Verhältnisse, war die letzte landwirtschaftliche Betriebszählung vom Jahre 1939, bei welcher auch betriebsweise Angaben zu machen waren über die Gesamtgröße der bewirtschafteten Flächen, des Gartenlandes, über die Bodenbenutzung und die Viehhaltung, über die Verwendung arbeitssparender Einrichtungen, über die Anzahl der zum Betrieb gehörigen Personen usw. Daneben sind diese meist nur periodisch durchführbaren Erhebungen noch durch eine laufende Berichterstattung über Saatenstand und Wachstum der einzelnen Fruchtarten und schließlich durch die Meldung über die voraussichtliche Ernte zu ergänzen. Ein endgültiges Bild über die Ertragsfähigkeit liefert die jährliche *Erntestatistik*. Die Aufstellung von landwirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Ermittlung der Versorgungsmöglichkeit des Landes mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen — ge-

messen in Kalorien — bildet schließlich in der *Ernährungsbilanz* das Gegenstück zur Feststellung des Nahrungsmittelbedarfs der Bevölkerung.

Mehr noch als auf dem landwirtschaftlichen Sektor steht für die Intensitätsmessung in der *Industrie* und insbesondere für alle Fragen nach einer Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit der zweigwirtschaftliche *Betriebsvergleich* im Mittelpunkt der Untersuchungen. Dabei werden aber weniger privatwirtschaftliche Interessen als die Erfordernisse der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zum Kriterium der Beurteilung werden, was aber praktisch bedeutet, daß unter Umständen auch entgegen allen privatwirtschaftlichen Rentabilitätsberechnungen z. B. die Stilllegung eines Betriebes gutgeheißen werden könnte, wenn die Verarbeitung von lebenswichtigen Rohstoffen in keinem Verhältnis zu dem gemeinwirtschaftlichen Wert des Erzeugnisses dieses Betriebes steht.

Das Problem der Erfassung der Produktionsmengen selbst umschließt natürlich eine schier unübersehbare Fülle von Einzelaufgaben sowohl für den Einzelbetrieb als auch für die entsprechende Fachorganisation insgesamt. Es liegt daher bei der Mannigfaltigkeit der gewerblichen Betriebe, der Betriebsarten und Betriebseinrichtungen auf der Hand, daß sich hier die Darstellung der Methoden auch nur auf bestimmte allgemeingültige Merkmale beschränken kann. Zudem wird sich die Art und Weise der Intensitätsmessung in der Regel nach den Praktiken der Branchen selbst richten. Meistens geht es darum, soweit es sich z. B. um die Herstellung großer Serien oder größerer Stücke handelt, die erzeugte Menge durch Registrierung der Gegenstände mittels Begleitschein oder Auftragskarte unter Angabe der aufgewendeten Zeit zu ermitteln. Wo dies aus fabrikationstechnischen Gründen nicht möglich ist, weil es sich beispielsweise um eine viel zu rasch aufeinanderfolgende Massenerzeugung handelt, als daß im einzelnen noch Menge und Zeit notiert werden könnte, werden unter Zugrundelegung des Zeitverbrauches regelmäßige Bestandsaufnahmen der Mengen erforderlich sein. Dies wird so oft wiederholt, bis sich aus ihrem Durchschnitt annähernd die Normalleistungen schätzen lassen, wobei jedoch auch auftretende Produktionsschwankungen Berücksichtigung finden müssen. Die vom Betrieb so ermittelte Menge wird sodann in der Kalkulation bewertet und schließlich dem Fachverband zugeleitet, welcher seinerseits die regelmäßig bei ihm einlaufenden Produktionsmeldungen der einzelnen Firmen zu Gesamtabellen verarbeitet und diese wiederum, gegliedert nach Warenart, Menge und Wert, der Industrieabteilung der obersten Planungsinstanz weiterreicht. Dabei versteht es sich von selbst, daß in diesen Produktionserhebungen auch Bergbau und Energiewirtschaft einbezogen werden. Zur Auswertung der Statistiken im besonderen ist noch zu bemerken, daß die Addition der auf diese Weise eingehenden Produktionswerte den *Bruttowert* der Gesamterzeugung ergibt, von welchem schließlich nach Abzug der Aufwendungen für Rohstoffe, Halbfabrikate, Hilfsstoffe und Abschreibungsquoten auf den Wert der *Nettoproduktion* geschlossen werden kann.

Koordination und Abstimmung

Hatten sich die Aufgaben der Wirtschaftsplanung bisher im wesentlichen und zumeist isoliert- nebeneinander auf die Untersuchung der strukturellen Zustände und Verhältnisse, auf die Erfassung des Bedarfs und der Leistungsfähigkeit, kurzum, auf die Analysierung und Bestimmung der Komponenten der Wirtschaft erstreckt, durch deren Verhältnis zueinander die Wirtschaftslage bestimmt wird, so soll die Koordination und *Abstimmung* dieser untereinander oft so disparaten Kräfte auf Grund der Gegenüberstellung von Bedarf und Deckung nunmehr in Form von *Wirtschaftsbilanzen* die Grundlage für eine klare quantitative Vorstellung von den Möglichkeiten und Funktionen der Volkswirtschaft bilden. Denn erst diese Erkenntnis befähigt die oberste Planungsinstanz zu einem zutreffenden Urteil über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und ermöglicht den Beschluß und die Durchführung entsprechender Maßnahmen. Sollte dabei der Bedarf das Leistungsvermögen übersteigen, so muß wie in jeder ordentlichen Wirtschaftsrechnung das *Defizit*, falls die Absicht eines entsprechenden Abstriches nicht besteht, entweder durch außerordentliche Maßnahmen der Steigerung der Leistungsfähigkeit oder durch den Import aus dem Ausland gedeckt werden.

Zunächst wenden wir uns der Aufstellung der sogenannten *Ernährungsbilanz* zu, in welcher — wie schon erwähnt — der geschätzte Jahresverbrauch unter Zugrundelegung der von der Planungsinstanz zugebilligten Ernährungsbasis den voraussichtlichen Ernteergebnissen gegenübergestellt wird. Dabei muß der etwaige Überschuß des Bedarfs über die verfügbaren Mengen, sofern er nicht durch Kürzungen oder gleichwertige andere Nahrungsmittel ausgeglichen werden kann, durch Importgüter gedeckt werden. Je nach der Bedeutung des Mißverhältnisses zwischen dem Bedarf und dem Leistungsvermögen der Landwirtschaft wird in der geplanten Wirtschaft das Auftreten des Defizits Maßnahmen zu einer planmäßigen Verminderung des Zuschußbedarfes auslösen.

Auch die sogenannte *Rohstoffbilanz*, die den zumeist industriellen Bedarf mit der Förderung oder Gewinnung der Urproduktion und ihrer weiterverarbeitenden Betriebe vergleicht, dient im wesentlichen dem Zweck der Feststellung des Selbstversorgungsgrades der eigenen Wirtschaft. Dabei wird man in einer Mangelwirtschaft wie der gegenwärtigen, in der es noch ungewiß ist, wann und in welchen Mengen wieder Rohstoffe nachgeschafft werden können, einstweilen das *Bewirtschaftungssystem* beibehalten. Hierbei bilden die Koordination von Produktionslenkung und Rohstoffzuteilung sowie die Maßnahmen des *Materialausgleichs* ein wichtiges Mittel, um die verknappten Rohstoffe ausnahmslos für bestimmte vordringliche Fertigungen sicherzustellen.

Bei der Aufrechnung des produktiven und konsumtiven Bedarfs gegenüber den Produktionsmöglichkeiten der Industrie- und Handwerksbetriebe in der *Produktionsbilanz*, die sich natürlich nicht nur auf die Endstufe, sondern auch auf alle Vorstufen einer bestimmten Produktion

bezieht, empfiehlt sich grundsätzlich zum Zwecke der besseren Übersicht eine Aufgliederung der zahllosen Bedarfsobjekte nach der fachlichen Zugehörigkeit der sie erzeugenden Betriebe. Darüber hinaus erscheint auch die Gruppierung nach Halbfertigwaren, Fertigwaren und Konsumfertigwaren angezeigt. Im übrigen wird man auch hier den Ausgleich, falls der geschätzte Bedarf insgesamt über das Leistungsvermögen der gewerblichen Produktion hinausgeht, zunächst durch Abstriche namentlich am sogenannten elastischen Bedarf (Kultur- und Luxusbedarf) versuchen. Daneben wird man aber bestrebt bleiben, die Leistungen als solche zu steigern, was sich heute in Anbetracht des Mangels an Investitionsgütern im Interesse der Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs unter Umständen nur im Wege des *Maschinenausgleichs* und der Aufteilung der Produktion nach Dringlichkeitsstufen sowohl im Hinblick auf die Dringlichkeit der zu leistenden Produktion selbst als auch im Hinblick auf die unbedingte Erhaltungsnotwendigkeit dieses oder jenes Betriebes für die Gesamtwirtschaft erreichen läßt. So würden hier z. B. die Betriebe des Bergbaus und der Energiewirtschaft, des Verkehrswesens, der Eisen- und Metallindustrie, der Holzindustrie sowie der übrigen Schlüsselindustrien, welche energie- und rohstoffmäßig zumeist erst die Voraussetzung für die Weiterführung zahlreicher anderer Industriezweige bilden, an erster Stelle stehen. Alle übrigen Erzeugungsgruppen, einschließlich der Konsumgüterindustrie, finden erst in zweiter Linie Berücksichtigung.

Eine übergeordnete Stellung nimmt die *Außenhandelsbilanz* ein, die einem bereits zusammenfassenden Zwecke dient. Auf den Ergebnissen der vorangegangenen Bilanzen aufbauend obliegt ihr die Aufgabe, jeweils auf der einen Seite die durch *Import* zu deckenden Defizitposten und auf der anderen Seite den für *Exportzwecke* bereitstehenden Überschuß in den Ernährungs-, Rohstoff- und Produktionsbilanzen zu summieren. Ihr Saldo entscheidet über die zur Sicherung lebensnotwendiger Einfuhren zu treffenden Maßnahmen, die sich in der Regel neben der Kontrolle des Devisenverkehrs hauptsächlich auf die systematische Förderung der Ausfuhr (z. B. durch handelspolitische Abmachungen, durch bessere Anpassung an die fremden Marktverhältnisse, durch stärkere Werbung u. dgl.) und binnenwirtschaftlich auf die Überwachung des Fabrikationsprogramms und des Rohstoffverbrauchs der Importgüter verarbeitenden Industrien erstrecken.

Einen wichtigen Platz nimmt schließlich noch die *Arbeitskräftebilanz* ein, auf der wir einen Überblick über den Arbeitskräftebedarf und die Möglichkeit seiner Deckung gewinnen. Die Unterlagen hierfür liefern einerseits die Erhebungen der *Fachverbände*, die auf Grund ihres vorher genau festgelegten Frageschemas in Verbindung mit der Erfassung der Produktionsleistungen ihrer Betriebe regelmäßig auch den Arbeitskräftebedarf ihrer Branche melden, und andererseits die stets auf dem laufenden zu haltenden *Arbeitsamtstatistiken*, die auf Grund der nach Berufen gegliederten Arbeitsbuchkartei jederzeit Auskunft über die Arbeits-

suchenden, Arbeitslosen und die auf längere Zeit nicht im Beruf Stehenden erteilen müssen. Die Gegenüberstellung ergibt einen Überschuß entweder auf der Bedarfs- oder der Deckungsseite und erfordert entsprechende Maßnahmen. Dabei wird es in Notzeiten wie der gegenwärtigen, so bedeutungsvoll auch das Recht der freien Berufswahl und die Möglichkeit des freien Arbeitsplatzwechsels für die Erhaltung der Leistungswilligkeit der Arbeitskräfte sein mag, zunächst nicht immer ohne lenkende Eingriffe abgehen. Dem Geschick der zuständigen Planungsinstanz bleibt es hier überlassen, die Wirkungen des Zwanges auf die breite Masse möglichst durch indirekte Beeinflussung, z. B. durch *Berufslenkung* u. dgl., auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Damit dürfte im wesentlichen das System der volkswirtschaftlichen Teilbilanzen erschöpft sein, so wenig es auch in unserer Darstellung darauf angekommen ist, alles in der genügenden Breite zu beleuchten. Ihre Zusammenfassung in der sogenannten *Generalbilanz*, welche ihrerseits wiederum die Teilergebnisse untereinander nach Art etwa des Clearings zu einigen wenigen Posten verschmilzt, stellt schließlich den Abschluß der Gesamtrechnung dar. Aus ihr gewinnen wir aber das für alle entscheidenden Planungen erforderliche Bild von dem gegenseitigen Geben und Nehmen der Wirtschaftsgruppen und damit einen Anhaltspunkt für die *Grundrichtung* aller weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Gliederung

	Seite
<i>Zur Methodik der Wirtschaftsplanung</i>	1
Strukturuntersuchungen als Voraussetzung	4
Zur Frage der Bedarfsschätzung	7
Über die Produktionsmöglichkeiten	11
Koordination und Abstimmung	15

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung im Jahre 1946

Monatsberichte XIX. Jahrgang

- Nr. 1—6 „Die wirtschaftliche Lage Österreichs am Ende des ersten Nachkriegsjahres“ (Halbjahresband, 112 Seiten stark, 17 Schaubilder und 67 statistische Tabellen).
- Nr. 7—9 „Österreichs wirtschaftliche Lage 18 Monate nach Kriegsende“ (Vierteljahresband, 54 Seiten stark, 13 Schaubilder und 52 statistische Tabellen).
- Nr. 10—12 „Die wirtschaftliche Lage Österreichs im vierten Quartal 1946“ (Vierteljahresband, 112 Seiten stark, 17 Schaubilder und 88 statistische Tabellen).

Die *Monatsberichte* vermitteln ein anschauliches Bild über die Lage und die Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaft auf dem Gebiete der Währung, des Geld- und Kapitalmarktes, des Staatshaushaltes, der Preise, der Löhne und Lebenshaltungskosten, der Bewirtschaftung, der Arbeitslage, der Ernährung, der Landwirtschaft, der gewerblichen Produktion, des Verkehrs und des Außenhandels. Tabellenanträge bringen wichtige Wirtschaftszahlen Österreichs von 1923 bis zur Gegenwart.

Durch den Ausbau der österreichischen Produktionsstatistik wird das Institut im Jahre 1947 in der Lage sein, die Ergebnisse der industriellen Produktion in den einzelnen Bundesländern nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammenzufassen und laufend in seinen Monatsberichten zu veröffentlichen.

Die mit statistischem Material und Schaubildern reich ausgestatteten Berichte sind vor allem auch für den Wirtschaftspraktiker ein wertvoller Orientierungsbefehl und ein unentbehrliches Nachschlagewerk.

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung im Jahre 1946

Sonderhefte

Nr. 2 *Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft*

Nr. 3 *Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung.*

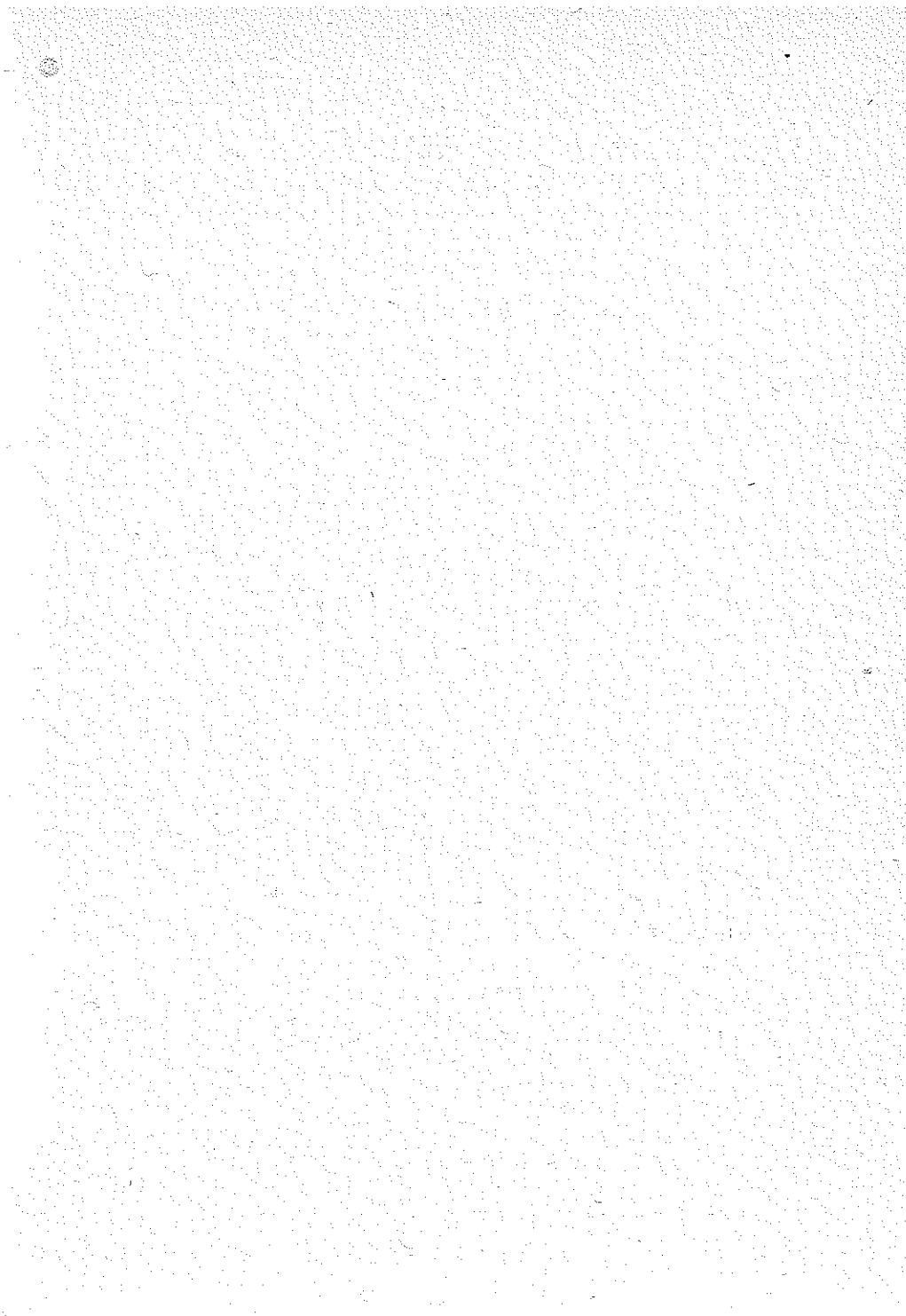
In den *Sonderheften* werden vornehmlich Untersuchungen über die Grundlagen und strukturbestimmenden Faktoren der österreichischen Wirtschaft angestellt sowie Hauptprobleme des wirtschaftlichen Wiederaufbaues behandelt

Wirtschaftskarte Kraftwerke und Verbundnetz in Österreich,
Stand 1946, mit Legende; Maßstab 1:750.000

In Buchform erschien

Der Internationale Währungsfonds und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung.

Das Abkommen von Bretton Woods im englischen Originaltext mit deutscher Übersetzung und Kommentar, Wien 1946, Verlag Ringbuchhandlung, A. Sendl.



ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

„Vorträge und Aufsätze“

Bereits erschienen:

- Heft 1** Dr. Franz Nemschak: Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik mit besonderer Berücksichtigung der Preis- und Lohnfrage (Vortrag)
- Heft 2** Dr. Rolf Grünwald: Zur Methodik der Wirtschaftsplanung.

In Vorbereitung

- Heft 3** Dr. Josef Steindl: Zur Problematik des Außenhandels und der Vollbeschäftigung in Österreich (Zwei Vorträge)
- Heft 4** Prof. Dr. F. A. Hayek: Nachfrage und Beschäftigungsgrad, ein Beitrag zum Problem der Vollbeschäftigung in der freien und in der gelenkten Wirtschaft. (Zwei Vorträge)